

Medienmitteilung vom 5. Mai 2011

Ausstieg sofort an die Hand nehmen statt Pflasterli-Massnahmen ergreifen Gravierende Mängel am AKW Mühleberg

Trotz der Auflistung eines ganzen Rattenschwanzes von Schwachstellen bei den schweizerischen AKW verzichtet die Aufsichtsbehörde ENSI auf die Forderung nach einer Ausserbetriebnahme laufender AKW. Nun ist die Politik gefordert, den Ausstieg aus der Atomtechnologie durchzusetzen. Die Grünen fordern von Regierungsrat und BKW ein verbindliches Ausstiegsszenario für das AKW Mühleberg.

Das ENSI listet eine erstaunliche Liste von Schwachstellen bei den AKW auf. Besonders schlecht schneidet dabei jenes AKW ab, das am nächsten der Hauptstadt Bern liegt und in dessen direkten Umkreis am meisten Menschen leben – Mühleberg.

Das ENSI kritisiert unter anderem, dass beim AKW Mühleberg keine Alternative zur Kühlwasserentnahme aus der Aare besteht. Zweitens ist die Brennelementkühlung nicht genügend vor Erdbeben und Überflutung geschützt. Und drittens sind die Notfallmassnahmen zur Wiederherstellung der Kühlung nach einem Erdbeben und/oder einer Überflutung unvollständig.

Es ist unverständlich und fahrlässig, wenn das ENSI trotz dieser gravierenden Mängel behauptet, dass keine Gefahr für die Bevölkerung bestehe. Nach dem tragischen Unglück in Japan sollte allen bewusst sein, dass es bei der Atomtechnologie null Risiko verträgt und auch kleinste Abweichungen nicht geduldet werden können.

Die Grünen fordern vor diesem Hintergrund die BKW und den Regierungsrat des Kantons Bern als Mehrheitsaktionär der BKW erneut auf, endlich die Planung der Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg an die Hand zu nehmen und ein verbindliches Szenario für das Ausschalten des AKW Mühleberg vorzulegen. Dies ist nicht nur in energie- und sicherheitspolitischer Hinsicht die einzige sinn- und verantwortungsvolle Lösung, sondern auch in ökonomischer Hinsicht. Die BKW soll endlich in die zukunftsfähigen erneuerbaren Energien investieren statt in Pflasterlipolitik für eine Technologie von vorgestern!

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Grossrat, 079 263 47 68